

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

25. Januar 2016

Afghanistan

Militärische Auseinandersetzungen

Am 21.01.16 eroberten die Taliban nach heftigen Gefechten Teile des Distrikts Darqad in der nordöstlichen Provinz Takhar.

Einwohner der nordöstlichen Provinz Baghlan berichteten, sie seien gezwungen worden, für die Taliban Gräben auszuheben.

Weitere Kämpfe gab es u.a. in Faryab (Norden), Badakhshan (Nordosten), Nangarhar (Osten), Kandahar (Süden). Die Kämpfe in der südlichen Provinz Helmand halten an (vgl. BN der letzten Wochen).

Nach Angaben der Afghanistan Independent Human Rights Commission war 2015 das Jahr mit den bisher höchsten zivilen Opferzahlen in der südlichen Provinz Kandahar. 874 Zivilisten seien im vergangenen Jahr in Kandahar Opfer des Konfliktes geworden (448 Tote, 426 Verletzte). Die meisten Opfer (450) gab es bei Bombenanschlägen an Straßen, 150 Menschen wurden Opfer gezielter Tötungen.

Gezielte Anschläge und Übergriffe

In der Provinz Nimroz wurde am 19.01.16 ein Mitarbeiter des afghanischen Geheimdienstes von Unbekannten erschossen. In der Provinz Helmand (Süden) kam bei einem Taliban-Angriff ein Mitarbeiter des Transportministeriums um, einer erlitt Verletzungen. Am 20.01.16 verübte in Kabul ein Selbstmordattentäter einen Anschlag auf einen Kleinbus, in dem Journalisten des Fernsehsenders Tolo News saßen. Die sieben Journalisten im Bus wurden getötet und mindestens 25 Menschen verletzt. Zu dem Anschlag bekannte sich zunächst niemand, die Taliban hatten Tolo News jedoch schon mehrfach bedroht. Zwei Tage später verhaftete der Geheimdienst acht Mitglieder des Haqqani-Netzwerks im Zusammenhang mit dem Anschlag. Am 21.01.16 starb ein Wachmann in der Provinz Zabul (Süden) bei einem Anschlag, ein Zivilist wurde verletzt. Am 24.01.16 verletzte in Herat (Westen) ein Unbekannter zwei Polizistinnen auf dem Heimweg durch Schüsse.

Hinrichtung nach Ehebruch

In der Provinz Herat (Westen) wurden zwei Männer und zwei Frauen wegen Ehebruchs erschossen. Über Täter und Umstände liegen bislang keine Informationen vor.

Taliban kontrollieren Schulen in Kunduz

In der nordöstlichen Provinz Kunduz sollen die Taliban über 300 Schulen kontrollieren, in denen sie auch Kämpfer rekrutierten.

Pakistan

Anschlag auf Universität

Bei einem Anschlag auf eine Universität/Schule in Charsadda wurden am 20.01.15 mindestens 21 Menschen getötet. Der Taliban-Kommandeur Umar Mansoor bekannte sich zu dem Anschlag, die Tehrik-e-Taliban (TTP, Dachorganisation der pakistanischen Taliban) distanzierte sich.

Irak

Übergriffe kurdischer Peshmerga

Amnesty International zufolge zerstörten Peshmerga zahlreiche Häuser in Dörfern und Städten in den Provinzen Ninive, Kirkuk und Diyala, die sie vom IS zwischen September 2014 und März 2015 zurückerobert hatten.

Syrien

Rabia in der Provinz Lattakia unter Regierungskontrolle

Am 24.01.16 eroberten Regierungstruppen die strategisch wichtige Stadt Rabia in der Provinz Lattakia. Diese ist das Kernland der Alawiten, zu denen auch Bashar al-Assad gehört. Rabia befand sich seit 2012 in den Händen der Rebellen, u.a. von Turkmenen und Kämpfern der Jabhat al-Nusra (JN oder al-Nusra-Front). Mit Hilfe von russischen Kampfflugzeugen drängten die Armee und mit ihr verbündete Milizen die Rebellen in den letzten Monaten zunehmend zurück.

Bombardierungen durch russische Luftwaffe

Am Wochenende sollen durch russische Bombardierungen im Osten mehr als 90 Zivilisten getötet worden sein. Am 22.01.16 sollen durch einen Angriff in Deir ez-Zor 44 Menschen und am 23.01.2013 in Chascham 47 Menschen getötet worden sein.

Verhandlungen wahrscheinlich verschoben

Die Friedensverhandlungen, die am 25.01.16 beginnen sollten, werden wahrscheinlich verschoben. Grund hierfür ist der Streit über die teilnehmenden Delegationen. Die in den Syrien-Konflikt involvierten Staaten haben stark abweichende Vorstellungen, welche Gruppen auf Seiten der Opposition eingeladen werden sollen. Während Saudi-Arabien radikale Rebellengruppen wie die Ahrar al-Sham beteiligen möchte, dringt Russland auf moderate, von Damaskus geduldete Oppositionsgruppen. Die Türkei lehnt die Teilnahme kurdischer Milizen ab, die der Westen als wichtige Verbündete gegen die Jihadisten sieht. Assads Regierung macht ihre endgültige Entscheidung über ihre Teilnahme an den Verhandlungen abhängig von der Liste der Oppositionsgruppen. Die USA und Russland einigten sich darauf, dass UN-Vermittler Staffan de Mistura zwei Oppositionsdelegationen nach Genf bittet, Einzelheiten hierzu soll de Mistura am 25.01.16 bekannt geben.

Libanon

Rivalen für die Position des Präsidenten einigen sich

Am 18.01.16 erklärte Samir Geagea, Vorsitzender der Partei Forces Libanaises und Bündnispartner der vorwiegend sunnitischen Zukunftsbewegung im Parlament, er wolle seinen bisherigen Konkurrenten um die Position des Präsidenten, Michel Aoun, unterstützen. Aoun ist Wunschkandidat der Amal-Partei und der Hizbollah. Bisher konnten sich die Parteien auf keinen Nachfolger für den im Mai 2014 aus dem Amt geschiedenen Amtsinhaber Michel Suleiman einigen; in bislang 35 Abstimmungen kam nie die Mindestanzahl von Abgeordneten zusammen.

Jemen

UNO fordert ungehinderten Zugang von Hilfsorganisationen zu Notleidenden

Die Vereinten Nationen fordern den ungehinderten Zugang von Hilfsorganisationen zu notleidenden Zivilisten. Nach Angaben des UN-Nothilfekoordinators McGoldrick können momentan vier der elf Millionen Menschen nicht versorgt werden. So sind in der seit Monaten belagerten Stadt Tais etwa 200.000 Personen von Hilfslieferungen abgeschnitten.

Libyen

Bildung einer Einheitsregierung

Zur Umsetzung des von den Vereinten Nationen vermittelten Plans haben die Konfliktparteien am 19.01.16 eine Regierung der nationalen Einheit gebildet. Das gab der neunköpfige Präsidenschaftsrat bekannt. Das neue Kabinett soll aus 32 Ministern unter Führung des designierten Ministerpräsidenten al-Sarraj bestehen. Nach Medienberichten haben allerdings nur sieben der neun Mitglieder des Rates das neue Kabinett mit ihrer Unterschrift gebilligt. Noch unklar ist der Sitz der neuen Regierung und ob sie überhaupt regieren kann. Die international anerkannte Regierung in Tobruk muss die neue Einheitsregierung noch anerkennen, ebenso die Gegenregierung in Tripolis, die bereits ihren Widerstand angekündigt hat.

Tunesien

Demonstrationen

In der vergangenen Woche war es in mehreren Städten immer wieder zu Demonstrationen gegen die Wirtschaftspolitik gekommen. Die Proteste begannen in der Stadt Kasserine, wo ein 28-Jähriger bei einer Demonstration vor dem Gouverneurssitz auf einen Strommast geklettert war und einen tödlichen Stromschlag erlitt. Am 22.01.16 wurde eine landesweite nächtliche Ausgangspere verhängt, es kam jedoch zu weiteren Unruhen und Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften, bei denen etwa 600 Personen verhaftet wurden. Es gab zahlreiche Verletzte. Der Ministerpräsident erklärte nach einem Krisentreffen des Kabinetts am 24.01.16, die Sicherheitskräfte hätten die Lage inzwischen weitgehend unter Kontrolle.

Ägypten

Terror auf dem Sinai

Am 20.01.16 töteten Extremisten im Norden der Sinai-Halbinsel sieben Polizisten. Zu der Tat bekannte sich der in dieser Region aktive Ableger des IS.

Bombenexplosionen nahe Gizeh

Nach Angaben aus ägyptischen Sicherheitskreisen vom 21.01.16 kamen sechs Personen bei der Explosion von zwei Bomben während eines Einsatzes gegen ein Versteck von Terrorverdächtigen nahe Gizeh ums Leben, 23 wurden verletzt. Bei den meisten Opfern soll es sich um Polizisten handeln. Die Aktion richtete sich nach Angaben des Innenministeriums gegen ein Waffenlager der verbotenen Muslimbruderschaft.

5. Jahrestag der Massenproteste – Landesweite Aktionen angekündigt

Für den 25.01.16, den fünften Jahrestag des Beginns der Massenproteste, die zum Sturz von Präsident Mubarak geführt hatten, kündigten Vertreter der säkularen und liberalen Opposition sowie Vertreter der verbotenen Muslimbruder landesweite Proteste gegen die Regierung von Präsident al-Sisi an. Die Behörden nahmen im Vorfeld zahlreiche Personen fest. Auf dem Tahrir-Platz in Kairo zeigt das Militär Präsenz mit gepanzerten Mannschaftswagen und Schützenpanzern.

Nigeria

Erfolge bei Terrorismusbekämpfung

Am 22.01.16 wurden laut Militärangaben vom 23.01.16 drei Selbstmordattentäter der Terrororganisation Boko Haram von Soldaten abgefangen, die in die Stadt Maiduguri gelangen wollten. Soldaten erschossen einen, zwei sprengten sich in die Luft.

Ferner wurde bekannt gegeben, dass in den vergangenen fünf Tagen bei Militäroperationen gegen die Boko Haram in den Bundesstaaten Yobe und Borno 90 Verdächtige getötet und 370 Geiseln befreit wurden.

Nigeria/Kamerun

Geflüchtete kehren nach Nigeria zurück

Laut Behördenangaben kehrten vom 20.01. bis zum 22.01.16 etwa 15.000 Einwohner aus Kamerun in die nigerianische Stadt Gamboru (Grenze zu Kamerun, Bundesstaat Borno) zurück. Diese waren im August 2014 geflüchtet, als die Terrororganisation Boko Haram die Stadt besetzt hatte. Von dort hatte das tschadische Militär im Februar 2015 die Terroristen vertrieben. Da Gamboru zum größten Teil zerstört ist, will die nationale Katastrophenschutzorganisation NEMA den Rückkehrern in den nächsten Tagen Hilfsgüter liefern.

Somalia

Kenia bombardiert al-Shabaab

Nachdem die al-Shabaab am 15.01.16 einen Stützpunkt der AMISOM in Ceel Cado (Region Gedo) angegriffen hatte (vgl. BN v. 18.01.16), vertrieb nach kenianischen Militärangaben vom 18.01.16 die Luftwaffe mit massivem Bombardement die al-Shabaab aus Ceel Cado und weiteren Ortschaften der Region.

Anschläge in Mogadischu

Bei einem Angriff islamistischer Terroristen auf ein Strandhotel und ein nahes Restaurant starben am 21.01.16 mindestens 20 Personen. Bei den Opfern handelte es sich zumeist um Wachpersonal und Zivilisten. Die Angreifer zündeten zunächst Autobomben, stürmten dann die Gebäude und schossen wahllos um sich. Beim anschließenden Feuergefecht mit Sicherheitskräften kamen sieben Angreifer ums Leben. Zum Anschlag bekannte sich die al-Shabaab.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Menschenrechts- und Sicherheitslage

In der Nordkaukasus-Region ist die allgemeine Sicherheits- und Menschenrechtslage weiter angespannt. Die Hauptkonfliktzone hat sich von Tschetschenien in die Nachbarrepublik Dagestan und teilweise auch nach Inguschetien und Kabardino-Balkarien verlagert. Trotz massiver wirtschaftlicher Förderung der Region durch die russische Regierung setzt sich der Trend zu ökonomischen Problemen und sozialer Instabilität fort. Seit 2012 ging die die Zahl der im Nordkaukasus Getöteten zurück. So starben im Jahr 2014 bei Anschlägen und Kämpfen zwischen Sicherheitskräften und separatistischen bzw. islamistischen Aufständischen mindestens 341 Personen. 2013 waren es 529 und 2012 noch 700). Auch in Dagestan, der Hauptkrisenregion des Nordkaukasus, sanken die Zahlen: 2014 mindestens 208 Getötete, 2013 noch 271 und im Jahr zuvor 410. Dieser Trend hielt im Jahr 2015 an: Laut der russischen Internetzeitung Caucasian Knot wurden im Nordkaukasus mindestens 209 Menschen – davon rund 135 in Dagestan – getötet. Ursache für den erheblichen Rückgang dürfte sein, dass sich seit 2015 vermehrt Kämpfer aus dem Nordkaukasus dem IS in Syrien und im Irak angeschlossen haben.

China

„Geständnisse“ im Staatsfernsehen

Ein seit dem 03.01.16 verschwundener schwedischer Staatsbürger wurde laut offiziellen Medienberichten vom 19.01.16 wegen mutmaßlicher Gefährdung der nationalen Sicherheit festgenommen. Das Staatsfernsehen zeigte das Geständnis des Menschenrechtlers der Chinese Urgent Action Working Group. Diese Organisation unterstützt u.a. Anwälte, die sich in China für Menschenrechtsfragen einsetzen. Mehrere von ihnen sind mit der Anwaltskanzlei Fengrui verbunden, gegen die die Behörden seit Juli 2015 vorgehen (vgl. BN v. 18.01.16).

Bereits am 17.01.16 zeigte das Staatsfernsehen das Geständnis eines von fünf verschwundenen chinakritischen Buchhändlern und Verlagsmitarbeitern aus Hongkong (vgl. BN v. 11.01.16). Der ebenfalls schwedische Staatsbürger soll sich demnach gestellt haben, weil er vor Jahren einen Verkehrsunfall

verursachte. Beobachter gehen davon aus, dass beide Geständnisse erzwungen wurden, u.a. um den Druck auf ausländische Aktivisten zu erhöhen.

Myanmar

Amnestie

Präsident Thein Sein amnestierte am 22.01.16 mehr als 100 Häftlinge, darunter 52 politische Gefangene. In weiteren 77 Fällen wurde eine Todesstrafe in eine Haftstrafe umgewandelt. Laut der Assistance Association for Political Prisoners (Burma) befinden sich noch 78 politische Gefangene in Haft; mehr als 400 weitere Personen seien aus politischen Motiven angeklagt.

Nepal

Proteste gegen die Verfassung – zwei Tote

Am 21.01.16 attackierten Mitglieder einer Partei der großen ethnischen Minderheit der Madhesi eine Kundgebung der regierenden Kommunistischen Partei (CPN-UML) in Rangeli (Distrikt Morang, nahe der indischen Grenze). Die Polizei schritt ein. Zwei Personen kamen dadurch um. Hinter den immer wieder gewalttätigen Protesten mit mittlerweile mehr als 50 Toten steht ein Streit um die neue Verfassung. Die Madhesi, Bewohner des südlichen Tieflandes, fordern mehr Mitsprache und blockieren deswegen seit September die Straßen aus Indien, was zu erheblichen Versorgungsengpässen führte.

Am 24.01.16 beschloss das Parlament angesichts der anhaltenden Proteste Verfassungsänderungen. Minderheitenrechte, etwa der Zugang zum Staatsdienst und der Zuschnitt von Wahlkreisen, werden stärker berücksichtigt. Die Madhesi halten die Änderungen für unzureichend. Sie boykottierten die Abstimmung.

Kolumbien

Fortschritt bei Friedensverhandlungen

Am 19.01.16 verkündeten die Regierung und die Rebellenorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, die Einhaltung des derzeit verhandelten Friedensvertrags durch eine zwölfmonatige internationale Beobachtermission der UN und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten überwachen lassen zu wollen. Die Friedensverhandlungen sollen im März 2016 abgeschlossen werden.